

Zum Resolutionsentwurf „Rettungsschirm für die Gemeinden ... „ meint Anja Dumjahn, VG-Ratsmitglied aus Temmels:

Dieser Text, der vom Gemeinde- und Städtebund (GStB) Rheinland-Pfalz an die Kommunen verschickt wurde, ist offensichtlich kein Meisterstück. Das hat selbst der CDU-Fraktionsvorsitzende Schücker in der jüngsten VG-Ratssitzung bestätigt. Ich selbst habe Bundeskanzlerin Merkel zitiert und gesagt: "Das ist nicht mein Duktus." Das ist unbestreitbar, aber für mich ist nicht NUR der Sprachstil das Problem. Stammtischfloskeln wie "*Den letzten beißen die Hunde*" oder Bilder wie "*Uns Gemeinden und Städte fehlt die Luft zum Atmen*" bilden nur den misslungenen Rahmen für inhaltliche Fehlinterpretationen, Fehlinformationen und parteipolitisch gefärbter Entrüstung.

Auch den auf das Wesentliche reduzierten Inhalt dieser Resolution kann ich als Sozialdemokratin nicht unterstützen. Die Ansätze der Kritik sind meiner Meinung einfach falsch. So schreibt der GStB: "Wir leisten uns mehr als wir uns leisten können. Die Ausgaben explodieren, besonders in den Bereichen Soziales (Beispiele: Jugend-, Sozial- und Eingliederungshilfe, Hartz IV, Grundsicherung)..."

Diesem Satz steht nicht nur meine Grundüberzeugung entgegen. Am 09. Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil über die Verfassungswidrigkeit der Hartz IV-Regelsätze angeführt, dass der Gesetzgeber dazu verpflichtet ist, die Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG) und den sozialen Charakter unseres Staates als Maßstab zu nehmen. Weder die finanzpolitischen Präferenzen von Parteien noch die aktuelle Haushaltssituation sind also ausschlaggebend für die Grundrechte aller Menschen in diesem Land. Die Politiker müssen eben dafür sorgen, dass wir uns das leisten können! Dieser Ansatz fehlt jedoch in der unserer Meinung nach parteipolitisch einseitigen Resolution.

Ein anderer Kritikpunkt des ursprünglichen Textes lautet: "*Kommunale Selbstverwaltung und politische Gestaltung vor Ort findet nicht mehr statt.*"

Dass dieses Manko gerade die CDU-FWG-FDP-Mehrheit dieses VG-Rats bedauert, der zehn Minuten vorher die Abtretung seiner Planungsrechte des Schwimmbads an einen neu gegründeten Ausschuss mit der Entscheidungsmarge von 2 Millionen Euro abgetreten hat, (u.a. mit der Begründung, dass es besser sei, die politischen Entscheidungen in die Hände "möglichst großer Fachkompetenz" zu legen - und damit die eigene verneinte), beweist mir, wie unangemessen der Text für die VG Konz ist. Dazu kommen noch die Aussagen zu Gewerbesteuer, die Nichtberücksichtigung der Sondersituation der Dörfer entlang der Mosel mit ihren Neubaugebieten und Pendlern und falsch gewählten Ansprechpartner, die diese Wahlkampfwerbung für mich inakzeptabel machen. Und dass dieses Wahlkampf ist, beweist die Tatsache, dass nur ein politisches Lager damit kritiklos zufrieden ist.“

... und Christian Bock, VG-Ratsmitglied aus Tawern, sieht mit Verwunderung die Reaktion der CDU-Fraktion auf die Stellungnahme des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rommelfanger zum Resolutionsentwurf:

Nur noch wundern kann man sich dann anschließend, wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende nach Abschluss seiner Rede vom CDU Fraktionschef Schücker angeschossen wird: "*Lothar, das warst doch nicht Du, der da eben gesprochen hat.*" Man könnte auch sagen, ein getroffener Hund hat gebellt.

Das ausgerechnet diejenigen, denen die Resolution aus dem fernen Mainz vom Verbandsdirektor des Gemeinde- und Städtebundes (GStB) mundgerecht vordiktiert wird, der SPD unterstellen, sie brauche Dritte, um ihre Reden zu schreiben, ist dann eigentlich schon eher zum Schmunzeln. Denn nicht zum ersten Mal hat man das Gefühl, dass die Konzer CDU vom "Spiritus Rektor" beim Städte- und Gemeindebund ferngesteuert wird. Siehe Golfpark.

Dass die von CDU, FWG und FDP uneingeschränkt befürwortete Resolution den chronischen

Geldmangel der Kommunen beklagt und Schuldige vor allem bei der - in diesem Fall unschuldigen - Landesregierung sucht, geht man sofort und ohne Hemmungen zur Tagesordnung über und trägt seinen Teil dazu bei, dass die kommunale Kasse sich so schnell nicht erholen kann. Der "zukunftssträchtige Ausbau" des Sitzungssaals im Kloster Karthaus wird beraten, es geht um technischen Schnickschnack wie "Sprechanlage", "Whiteboard" und "Netzwerkanschluss" und neues Mobiliar für jedem Sitzungsplatz. Dabei ging es bisher auch wunderbar ohne. Geschätzte Kosten: 170.000 EUR.

So mancher Kindergarten oder manche Schule kann sich da nur wundern; wenn neue Möbel für den täglichen Gebrauch oder mal ein paar PCs für den Unterricht angeschafft werden sollen, ist kein Geld da. Anders sieht es dann mit einem 8 mal jährlich vom VG-Rat genutzten Sitzungssaal für die Ratsherren aus.